

DANIYAR KUSSAINOV

KASACHSTAN IM WANDEL: VON PRÄSIDENT NASARBAJEW ZU PRÄSIDENT TOKAJEW

Lange wurde Kasachstan mit nur einer Leitfigur in Verbindung gebracht: Nursultan Nasarbajew. Er regierte das Land seit der Erlangung der Unabhängigkeit fast drei Jahrzehnte lang. Die letzten Monate waren geprägt von Veränderungen und erstmals in der Geschichte des unabhängigen Kasachstans gab es einen Wechsel im Präsidentenamt. Seit dem Amtsantritt des zweiten kasachischen Präsidenten Kassym-Schomart Tokajew sind mehr als 100 Tage vergangen. Zeit für eine erste Betrachtung des Übergangs.

Nach fast 30 Jahren an der Macht gab der ewige Staatschef Kasachstans Nursultan Nasarbajew am 19. März 2019 seinen Rücktritt bekannt. Als seinen Nachfolger bestimmte er Kassym-Schomart Tokajew, einen erfahrenen Staatsmann und Diplomaten. Tokajew war es auch, der in einem Interview mit der britischen Nachrichtenagentur BBC als erster Vertreter der Regierung mitteilte, dass Nasarbajew nicht mehr für das Präsidentenamt kandidieren würde. Ab diesem Zeitpunkt begann die Bevölkerung, über die baldige Machtübergabe zu spekulieren. Der Zahn der Zeit ist auch an ihm nicht spurlos vorübergegangen – aus gesundheitlichen Gründen hatte er seinen Abtritt lange vorbereitet. Tokajew gab später öffentlich zu, dass Nasarbajew ihm vor dreieinhalb Jahren anvertraut hatte, dass er der nächste Präsident sein würde.

Am 20. März leistete Tokajew den Amtseid und wurde daraufhin Interimspräsident. Drei Wochen später gab er bekannt, dass am 9. Juni vorgezogene Präsidentschaftswahlen stattfinden würden. In den letzten Jahrzehnten sind vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu einer kasachischen «Tradition» geworden – ein probates Mittel, um die Teilnahme unbequemer Kandidat*innen an der Wahl zu verhindern.

Um für das Präsidentschaftsamt zu kandidieren, dürfen potenzielle Bewerber*innen nicht jünger als 40 Jahre alt sein und müssen während der letzten 15 Jahre in Kasachstan gelebt haben. Zudem müssen sie fließend Kasachisch sprechen und über einen Hochschulabschluss sowie fünf Jahre Arbeitserfahrung im öffentlichen Dienst verfügen. In einem autoritären System stellt die letztgenannte Anforderung eine zusätzliche Hürde für die Teilnahme oppositioneller Kandidat*innen an den Wahlen dar. Seit Anfang 2017 ha-

ben die Bürger*innen zudem keine Möglichkeit mehr, sich selbst als Kandidat*in zu bewerben. Außerdem können die restriktiven Regelungen bei der Registrierung politischer Parteien und Organisationen als ernst zu nehmendes Hindernis für potenzielle Kandidat*innen gewertet werden. Angesichts dieser Voraussetzungen hätte Tokajew nicht als Präsident kandidieren dürfen, da er zwischen 2011 und 2013 als stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN) und Generaldirektor des UN-Büros in Genf lebte. Doch der Verfassungsrat legte diese Regel zugunsten Tokajews aus, sodass er sich als Kandidat registrieren durfte.

Die Nominierungsphase begann am 10. April und endete am 28. April. Manche Expert*innen und oppositionelle Aktivist*innen prognostizierten, dass die Partei Nasarbajews älteste Tochter, Darigha, nominieren würde. Doch mit Nursultan Nasarbajews Unterstützung wurde letztendlich Tokajew von der Partei Nur Otan nominiert. Insgesamt reichten neun Personen ihre Bewerbungsunterlagen bei der Zentralen Wahlkommission (russ.: Zentralnaja Isbiratel'naja Komissija Respubliki Kasachstan, kurz: ZIK) ein.

Die ZIK ließ sieben Kandidat*innen aus vier politischen Parteien und drei öffentlichen Bündnissen zur Wahl zu: Schambyl Achmetbekow von der Kommunistischen Volkspartei Kasachstans, Dänija Jespajewa von der Partei Aq Schol (dt.: Heller Weg), Ämirschan Qossanow vom öffentlichen Bündnis Ult Tagdyry (dt.: Schicksal der Nation), Toleutaj Rachimbekow von der Partei Auyl (dt.: Dorf), Amangeldy Taspichow von der Föderation der Gewerkschaften, Kassym-Schomart Tokajew von der Partei Nur Otan (dt.: Licht des Vaterlandes), Sadybek Tugel vom öffentlichen Bündnis Uly dala kyrandary (dt.: Die Adler der großen Steppe).

Die Zulassung durch die ZIK bedeutet lediglich, dass eine direkt von den Regierungsorganen vorbereitete Kandidatenliste abgenickt wird. Außerdem ist der ZIK-Vorsitzende Berik Imaschew eng mit Nasarbajew verwandt. Keine*r der Kandidat*innen, mit Ausnahme von Tokajew und Qossanow, wurde als Person des öffentlichen Lebens wahrgenommen oder trat in der Vergangenheit öffentlich in Erscheinung – den Wähler*innen waren sie gänzlich unbekannt. Die Rollen der Kandidat*innen waren im Voraus vergeben und ihr Verhalten während der Wahlkampagne wurde vom Regime orchestriert.

Spätabends am 10. Juni veröffentlichte die Zentrale Wahlkommission die Ergebnisse der Abstimmung. Schambyl Achmetbekow bekam 1,82 Prozent der Wählerstimmen, Dänija Jespajewa 5,05 Prozent, Ämirschan Qossanow 16,23 Prozent, Toleutaj Rachimbekow 3,04 Prozent, Amangeldy Taspichow 1,98 Prozent, Kassym-Schomart Tokajew 70,96 Prozent und Sadybek Tugel 0,92 Prozent. Tokajew gewann also die Wahl und wurde zweiter Präsident der Republik Kasachstan. Seine Amtseinführung fand bereits zwei Tage nach Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses statt.

Der Wahltag selbst war von einer Reihe von Festnahmen überschattet. Vor allem in Almaty und Nur-Sultan wurden Protestierende festgenommen, die zum Wahlboykott aufgerufen hatten. Das Versammlungsrecht ist in Kasachstan stark eingeschränkt,¹ die Bürger*innen haben so gut wie keine Chance, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Das Innenministerium teilte offiziell mit, dass am Wahltag in den zwei Städten circa 500 Personen inhaftiert wurden. Weitere Festnahmen folgten, als es am Folgetag erneut zu Protesten kam.

Den Nährboden für diese Proteste lieferte die kontinuierliche oppositionelle Arbeit von Muchtar Äbljasow. Er ist der Anführer der Bewegung «Demokratische Wahl Kasachstans», die von der Regierung als extremistische Organisation eingestuft wird und in Kasachstan verboten ist. Äbljasow, ein rechtsflüchtiger Bankier und Ex-Minister, wohnt in Frankreich, wird vom kasachischen Regime verfolgt und vieler Straftaten beschuldigt. Unter anderem soll er hinter einem Auftragsmord stecken und schweren Diebstahl begangen haben. Äbljasow ist eine widersprüchliche Figur, die bei der Mobilisierung der Demonstrierenden über die sozialen Medien eine große Rolle spielt. Im Ausland lebend, hat er mehr Spielraum, um seine Vorwürfe und Forderungen an die kasachische Regierung zu formulieren. Gleichzeitig schränkt ihn diese Position in seiner Rolle als Oppositionspolitiker auch ein.

DIE NATIONALISTEN: ZUM ERSTEN MAL AN BORD

Neben Nasarbajews Verzicht auf eine Kandidatur gehörte die Teilnahme von Ämirschan Qossanows zu den interessantesten Aspekten der letzten Präsidentschaftswahl. Qossanow ist politischer Aktivist und war einer der wichtigsten Oppositionsführer. Doch bald nach seiner Registrierung als Präsidentschaftskandidat verlor Qossanow in den Augen der kritisch gestimmten Wähler*innen seinen Status als «Mann der Opposition». Seine Teilnahme an einer ungerechten und undemokratischen Wahl werteten die Menschen als Legitimierung dieser Situation. Zudem wurde die Zulassung Qossanows als Präsidentschaftskandidat als Zeichen politischer Vereinnahmung gedeutet, da diese mit einer Genehmigung durch die Präsidialadministration einhergeht. Bemerkenswert ist, dass Qossanow von der republikanischen Bewegung Ult Tagdyry, einer kasachischen nationalistischen Vereinigung, nominiert wurde. Diese Tatsache signalisiert, dass

die Regierung vorhat, die nationalistischen Stimmen einzu-beziehen und sie nach und nach in die politische Hierarchie zu integrieren.

Das wiederum wirft die alte Frage nach der Stellung der russischen Sprache und der russischsprachigen Bevölkerung in Kasachstan auf. In den letzten Jahrzehnten stand der Name Nasarbajews für interethnische und interreligiöse Toleranz. Das Regime hielt dieses Bild aufrecht, um die Kasachstan*innen um Nasarbajews Figur herum zu mobilisieren, was wunderbar funktionierte. Menschen russischer und slawischer Herkunft unterstützten Nasarbajew während seiner gesamten Amtszeit quasi intuitiv und bedingungslos. Die Angst vor einem Bürgerkrieg und vor Gewalt durch die Titularethnie, also die Kasach*innen, spielte dabei eine Rolle. Heutzutage, da der russische Teil der Bevölkerung Kasachstans immer kleiner und älter wird, betrachtet das Regime sie nicht mehr als wichtigste Unterstützerguppe. Meiner Einschätzung nach wird das Regime seine Aufmerksamkeit in Zukunft mehr auf nationalistische Gruppen und die kasachischsprachige Bevölkerung richten. Zumindest wird die demografische Situation sie dazu zwingen, stärker auf diese Bevölkerungsgruppe zu bauen. Um Inhalte, die für diesen Teil der Bevölkerung besonders von Interesse sind, politisch umsetzen zu können, müssen die Nationalist*innen in den politischen Institutionen vertreten sein. Ich rechne damit, dass in der nächsten Wahlperiode eine nationalistisch gerichtete Partei in das Parlament einziehen wird.

Trotz allem war der Kunstgriff, Qossanow in die Wahlkampagne einzubeziehen, relativ erfolgreich. Für manche Wähler*innen verkörperte Qossanow die Opposition. Das gab Anlass zu politischen Diskussionen und beeinflusste die Wahlbeteiligung positiv. Im Großen und Ganzen teilten sich die oppositionell gestimmten Bürger*innen Kasachstans in zwei Gruppen auf: Eine rief zum Boykott auf, die andere unterstützte Qossanow. Die Behörden verhielten sich gegenüber den Befürworter*innen eines Wahlboykotts auffallend nervös, was sich etwa in Festnahmen von Boykott-Unterstützer*innen äußerte. Zugleich ließ man Qossanows Wahlhelfer*innen gewähren – in erster Linie um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, aber auch um von internationalen Organisationen «Lob» für die Zulassung Qossanows als Oppositionsvertreter zu bekommen.

Innerhalb der Gesellschaft gab es sogar eine Diskussion über die Rolle Qossanows als Chef einer neuen politischen Partei. Bemerkenswert ist, dass er bei dieser Wahl einen deutlich höheren Stimmenanteil (16,23 Prozent) auf sich vereinen konnte als bei der letzten Wahl, wo andere «oppositionelle» Kandidat*innen einen lächerlich niedrigen Stimmenanteil von unter zwei Prozent erreichten. Diese Entwicklung deutet daraufhin, dass in Zukunft eine rechte Partei ins Parlament einziehen könnte.

DER EINFLUSS INTERNATIONALER ORGANISATIONEN

Auch rein formal betrachtet kann man die Wahlen in Kasachstan kaum als wirklich demokratisch bezeichnen. Internationale Organisationen werden unter anderem deshalb zur Beobachtung der Urnengänge eingeladen, weil sie dadurch an Legitimität gewinnen. Und das, obwohl das eigentliche Ziel der internationalen Wahlbeobachtungsmissionen darin besteht, nach den Abstimmungen Vorschläge zur Verbesserung des zukünftigen Wahlprozesses auszuarbeiten. Die Wahlbeobachtungsmissionen der Organisation für Sicher-

heit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE/BDIMR) haben die Wahlen in Kasachstan zum Beispiel noch nie als demokratisch anerkannt und berichteten auch dieses Mal von zahlreichen Unregelmäßigkeiten am Wahltag. Auf diese Anschuldigungen entgegnete Tokajew, dass die OSZE/BDIMR nicht die einzige wahlbeobachtende Organisation gewesen sei und dass die Menschen sich nicht auf die Einschätzung einer bestimmten Organisation fixieren sollten.

Tatsächlich werden auch andere internationale Organisationen zur Wahlbeobachtung nach Kasachstan eingeladen, meistens aus befreundeten Ländern mit eher undemokratischem Regierungsstil. Die Wahlbeobachter*innen aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), Parlamentsabgeordnete (in der Regel Vertreter*innen rechtspopulistischer Parteien) – sie alle bewerten die Wahlen in Kasachstan meist positiv. Ihre Sichtweise findet in staatlichen und staatlich finanzierten Medien viel Resonanz. Die Wahlbeobachter*innen aus den GUS-Ländern nutzen etwa Fahrzeuge, die den Akimaten (den Stadtverwaltungen) gehören. Man kann natürlich keineswegs behaupten, dass ihr Urteil objektiv sei. Als Gegenleistung geben kasachische Wahlbeobachter*innen ihrerseits bei Wahlen in Nachbarstaaten ebenfalls positive Einschätzungen ab. So besuchen sich die Wahlbeobachter*innen aus diesen Ländern der Reihe nach gegenseitig und stimmen Lobeshymnen auf die sauberen Wahlen und die jeweilige amtierende Regierung an.

Die internationalen Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE/BDIMR stehen vor dem Problem, dass ihr Mandat sehr begrenzt ist. Obwohl Beobachter*innen über ernsthafte Verstöße während der Wahlen berichteten, zeigt sich die Regierung davon unbeeindruckt. Ihr geht es vor allem um die Teilnahme, besser gesagt, um die bloße Anwesenheit der internationalen Wahlbeobachter*innen – den Ergebnissen ihrer Arbeit schenkt sie keinerlei Aufmerksamkeit. Die Regierung betont mit Vorliebe nur die positiven Aspekte, die die Beobachter*innen erwähnen. Den internationalen Organisationen ist ihrerseits sehr daran gelegen, in Kasachstan präsent zu sein und nicht aus dem Land verwiesen zu werden.

Die Aktivisten*innen und die Zivilgesellschaft ihrerseits hoffen darauf, dass internationale Organisationen einen gewissen Einfluss auf die kasachischen Behörden nehmen. Da es ihnen selbst an anderen Möglichkeiten fehlt, ihre Rechte zu verteidigen, appellieren sie an die internationalen Organisationen, ihnen so weit wie möglich zu helfen. In gewisser Weise ist es eine Art Falle für internationale Organisationen. Sie sind gezwungen, die Balance zu finden, also die Regierung nicht zu sehr zu provozieren, aber gleichzeitig auch ihr Ansehen in der Bevölkerung und der kritischen Öffentlichkeit nicht aufs Spiel zu setzen. Gelingt ihnen das nicht, werden sie als «Kühe» betrachtet, die man für technische Hilfe «melken» kann, und nicht als geachtete Fachorganisationen, die das Leben der Menschen positiv beeinflussen könnten.

DIE FAMILIE BLEIBT AM RUDER

Nasarbajew bekleidet weiterhin hohe Staatsämter, obwohl Tokajew mittlerweile Präsident ist. Viele sind deshalb der Ansicht, dass zwar eine Amts-, aber keine Machtübergabe stattgefunden hat. Gleich nach seinem Rücktritt wurde eine spezielle Institution eingerichtet, die Kanzlei des Ersten Präsidenten, die strukturell betrachtet an eine vereinfachte Version der Präsidentschaft erinnert. Bereits lange vor dem Ende seiner Amtszeit hatte Nasarbajew mit dem «Ge-

setz über den Ersten Präsidenten – Führer der Nation» dafür gesorgt, dass er und seine Verwandten geschützt werden: Neben diversen materiellen Vorteilen genießen der Erste Präsident Nasarbajew und seine Familie lebenslängliche Immunität gegen jegliche Art von Strafverfolgung.

Die Tochter des ersten Präsidenten Darigha Nasarbajewa ernannte man zur Sprecherin des Senats, des Oberhauses des kasachischen Parlaments. Laut Verfassung steigt sie, falls Tokajew vom Amt des Präsidenten zurücktreten sollte, zur Interimspräsidentin auf. Nursultan Nasarbajew hat sich also gleich doppelt abgesichert – durch das eigens dafür geschriebene Gesetz und durch seine Tochter, die diese hohe Position besetzt.

Neben seiner Tochter Darigha haben auch andere enge Verwandte Nasarbajews ihre wichtigen Positionen in Politik und Wirtschaft behalten. Seine mittlere Tochter, Dinara Kulibajewa, besitzt ein Vermögen von 3,1 Milliarden US-Dollar und ist somit die reichste Frau Kasachstans. Seine jüngste Tochter ist ebenfalls Geschäftsfrau, doch über sie ist nur wenig bekannt. Sein Neffe Samat Äbisch ist im Alter von nur 35 Jahren zum stellvertretenden Vorsitzenden des Komitees für Nationale Sicherheit (KNB) ernannt worden. Aktuell hat er das Amt des ersten stellvertretenden Vorsitzenden des KNB inne. Manche Expert*innen halten ihn für den wirklichen Nachfolger Nasarbajews. Sein anderer Neffe Kairat Satybaldy ist erfolgreicher Geschäftsmann und war bis vor Kurzem Teilhaber einer der größten kasachischen Banken, der Kaspi Bank. Achmetschan Jessimow, ein weiterer Neffe Nasarbajews, ist Vorstandsvorsitzender der Aktiengesellschaft «Fonds des nationalen Wohlfonds Samruk-Kasyna». Dieser Fonds vereint fast alle großen kasachischen Staatsunternehmen. Man könnte die Liste von Nasarbajews erfolgreichen Verwandten unendlich weiterführen. Obwohl Kassym-Schomart Tokajew offiziell zum Präsidenten gewählt wurde, bleiben Nursultan Nasarbajew und seine Familie am Ruder und haben weiterhin massiven Einfluss auf alle innerstaatlichen Vorgänge in Kasachstan.

GESCHICKT GEWÄHLTER RÜCKTRITTSZEITPUNKT

Ein wichtiger Grund dafür, dass Nasarbajew gerade jetzt zurückgetreten ist, sind nicht zuletzt die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen Kasachstan zu kämpfen hat. Die sozialen und ökonomischen Spannungen nehmen zu; die Bevölkerung ist unzufrieden. Die Preise auf den internationalen Märkten für Öl und andere Rohstoffe sind niedrig, und da Kasachstan stark vom Export dieser Rohstoffe abhängig ist, steht der Staatshaushalt unter massivem Druck.

Probleme erwachsen auch aus der Mitgliedschaft Kasachstans in der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU). Russland, der engste Partner und Verbündete, wird mit Sanktionen belegt, was den Rubel und folglich auch den Tenge, die kasachische Währung, schwächt. Kasachstan gibt gezwungenermaßen den Wechselkurs des Tenge frei, um die Wettbewerbsfähigkeit seiner Waren für den Export in EAWU-Länder zu erhöhen. Neben makroökonomischen Problemen steht Kasachstan auch vor einer ganzen Reihe sozialpolitischer Herausforderungen, die dieses Jahr zutage treten.

Der Jahresanfang 2019 wurde vom Tod von fünf Kindern in Astana (heute Nur-Sultan) in der Nacht zum 4. Februar überschattet. Die siebenköpfige Familie lebte in ärmlichen Verhältnissen, in einer «Wremjanka» (Behelfsbau) genannten kleinen Behausung. In jener Nacht arbeitete die Mutter in der Nachtschicht, als der Vater plötzlich gebeten wurde, schnell

zur Arbeit zu kommen. Während beide Eltern außer Haus waren, verbrannten ihre fünf Kinder bei lebendigem Leibe. Diesem Vorfall folgte eine Reihe von Protestaktionen kinderreicher Mütter. Des Weiteren kam es in der Stadt Arys zu einer Tragödie. Nach Explosionen in einem Munitionslager mussten alle 45.000 Einwohner*innen der Stadt evakuiert werden. Hier wurde deutlich, dass Kasachstan neben sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor einer Vielzahl weiterer Probleme steht. So zeigte dieser Zwischenfall vor allem, dass der Staat außerstande ist, auf Notfallsituationen – in diesem Fall eine technische Katastrophe – angemessen zu reagieren. Der Staat ist auch unwillig, aus den eigenen Fehlern zu lernen, denn es waren bei Weitem nicht die ersten Explosionen in Arys. Eine Reihe aufsehenerregender Vergewaltigungsfälle im öffentlichen Raum, darunter auch in einem Talgo-Zug,² wühlte die Gesellschaft in Kasachstan ebenso auf. Immer wieder kommt es zu Gewalt gegen Frauen und Kinder, nur über einen Bruchteil der Fälle wird in den Medien berichtet. Seit Langem gibt es in Kasachstan regelmäßig tödliche Verkehrsunfälle. Laut Statistik ist die Wahrscheinlichkeit, bei einem Verkehrsunfall zu sterben, in Kasachstan elf Mal höher als in Norwegen und 5,6 Mal höher als in Deutschland. Verkehrsunfälle entstehen häufig wegen tief greifender Infrastrukturprobleme im Land. Dass die Verursacher*innen nicht immer mit Strafverfolgung rechnen müssen, ist unter anderem eine Folge von Korruption.

So gesehen hat Nasarbajew einen ziemlich guten Zeitpunkt für seinen Rücktritt gewählt. Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen in der kasachischen Gesellschaft, die während seiner Herrschaft vom Staatsapparat unterdrückt wurden, begann der Prozess der Amtsübergabe und damit auch der Verantwortungsübergabe an Tokajew. Gleich nachdem er seinen Rücktritt und die Umbenennung der Hauptstadt Astana in Nur-Sultan bekannt gegeben hatte, traten diverse Aktivistengruppen in Erscheinung.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT VON JUGENDLICHEN

Die Zunahme des zivilgesellschaftlichen Engagements nach Nasarbajews Rücktritt ist unter anderem auf die starke Politisierung der Bürger*innen Kasachstans während des und im Anschluss an den Wahlkampf zurückzuführen. Es wurden mehrere Jugendnetzwerke zur Wahlbeobachtung gegründet, die in keiner Verbindung zu den Kandidat*innen standen. Außerdem gab es ein vom Qossanow-Team gegründetes Wahlbeobachtungsnetzwerk und mehrere aus dem Umkreis der staatlich finanzierten Nichtregierungsorganisationen (sogenannte GONGOs).

Die Behörden versuchten, sich in die Arbeit der unabhängigen Wahlbeobachtungsnetzwerke einzumischen. Manche Beobachter*innen waren verdeckte Ermittler*innen; Geheimdienstmitarbeiter*innen besuchten Workshops für Wahlbeobachter*innen. Am Wahltag wurden außerdem das Mobilfunknetz und das Internet blockiert. Ein Manko dieser Wahlbeobachtungsnetzwerke war, dass sie vor allem in Almaty und Nur-Sultan agierten und fast ausschließlich die urbanen Regionen abdeckten. Doch im Vergleich zu den letzten Wahlen muss die aktive Teilnahme lokaler Wahlbeobachter*innen als Erfolg gewertet werden. Außerdem betrachteten sie selbst die Präsidentschaftswahlen als Anknüpfungspunkt und gute Übung für die Parlamentswahlen.

Ein Vorgang während des Almaty-Marathons am 21. April 2019 beflügelte die lokalen Wahlbeobachtungsnetzwerke

und den Aktivismus jüngerer Menschen im Allgemeinen. An jenem Tag demonstrierten die beiden Aktivist*innen Assija Tulesowa und Bejbarys Tolymbekow mit einem Plakat, auf dem der Slogan «Vor der Wahrheit kannst du nicht wegrennen» und die zwei Hashtags #forfairelection (auf Kasachisch) und #ihaveachoice (auf Russisch) standen. Für diese Aktion wurden sie zu 15 Tagen Haft verurteilt. Außerdem verhängte man gegen ihre Freundin, die die Aktion mit einer Videokamera dokumentiert hatte, eine Geldstrafe. Diese Ereignisse wurden in den sozialen Medien breit diskutiert, insbesondere auf Instagram. An dieser Stelle muss betont werden, dass die sozialen Medien eine äußerst wichtige Rolle bei der Verbreitung alternativer Nachrichten spielen und fast die einzige Plattform sind, auf der die kasachische Bevölkerung die aktuellen Ereignisse diskutieren und kritisch bewerten kann.

Als Ergebnis ihrer Social-Media-Aktivitäten präsentierten die zivile Jugendbewegung Ojan, Kasachstan (dt.: Wach auf, Kasachstan) der Regierung am 5. Juni 2019 einen Aufruf mit politischen Forderungen. Im Vorfeld fuhr man mit Unterstützung bekannter Blogger*innen und Schauspieler*innen in den sozialen Medien eine breite Kampagne. Bemerkenswert ist, dass die Aktivist*innen nicht versuchten, sich als politische Bewegung zu beschreiben, und auch nicht den Wunsch haben, in Zukunft eine politische Partei zu gründen. Dennoch fordern sie politische Veränderungen, etwa den Übergang zu einem parlamentarischen System.

Hier wird deutlich, dass Selbstzensur und Selbstüberwachung tief in den Köpfen der Kasachstaner*innen verankert sind. Viele Jahre lang versuchte der Staat, die Menschen davon zu überzeugen, dass politische Ideen nicht ausformuliert werden sollten, vor allem nicht in der Öffentlichkeit. Man unterdrückte alternative Stimmen und lehnte kritisches Denken ab. Trotzdem versuchen sich junge Aktivist*innen an ersten Schritten in Richtung öffentliche Debatten und kämpfen um einen Ort, an dem sie sich frei versammeln könnten. Die Aktivist*innen von Ojan, Kasachstan starteten unter dem Namen Serujen (dt.: Promenade) eine wöchentliche Aktion: Die jungen Menschen versammelten sich jeden Freitag, sangen Lieder und lernten einander kennen. So nahmen sie ihr Recht auf Versammlungsfreiheit wahr und versuchten gleichzeitig, ihre Scheu vor der Ausübung dieses Grundrechts zu überwinden. Die Kampagne startete in Almaty, doch bald schwappte sie auf fast alle kasachischen Großstädte über.

Zurück zur Rolle der sozialen Medien beim verstärkten zivilgesellschaftlichen Engagement: Auch hier gab es Anstrengungen seitens der Regierung, diesen Bereich unter ihre Kontrolle zu bringen. Vor allem vor den Wahlen war das deutlich. Blogger*innen und Influencer*innen nahmen plötzlich auf Instagram, via Telegram und auf Facebook vermehrt an politischen Diskussionen teil. Das Ganze wirkte wie ein Auftrag «von oben», um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, denn diese ist für die Behörden ein ernsthaftes Problem, vor allem in Almaty, wo die Wahlbeteiligung im regionalen Vergleich traditionell am niedrigsten ist.

Um die sozialen Medien zu steuern, gründeten die kasachischen Behörden das Privatunternehmen Salem Social Media, das vom ehemaligen Sprecher der Präsidentenpartei Nur Otan Alexandr Aksjutj geleitet wird. Salem Social Media unterstützt eine heterogene Gruppe bekannter Blogger*innen und hilft ihnen, ihre Popularität weiter zu steigern. Selbstverständlich wird eine rote Linie gezogen, sobald es zu politischen und sozialen Fragen kommt. Die digitalen Produkte, die diese Blogger*innen erstellen, dienen

ausschließlich der Unterhaltung und sollen die Öffentlichkeit von internen Staatsproblemen und oppositionellen Inhalten ablenken.

Salem Social Media will alle einflussreichen Blogger*innen unter einem Dach versammeln und versucht, sich mit einem eigenen Messenger-Dienst und einem eigenen Videoportal – Aitube und Aitu – durchzusetzen. Expert*innen sind der Ansicht, dass dies – was die Medienfreiheit betrifft – den ersten Schritt in Richtung des chinesischen Modells (WeChat) bedeutet. Die Menschen werden sich gezwungen sehen, staatlich kontrollierte Dienstleistungen zu nutzen, weil alle alternativen Medienkanäle dauerhaft blockiert sein werden.

Insgesamt stellen die Zensur des Internets und die wachsende Kontrolle der sozialen Medien durch die Regierung eine ernst zu nehmende Gefahr für die Grundfreiheiten der Menschen dar. Ich vermute, Aktivist*innen und Zivilgesellschaft werden immer mehr Druck und Gegenreaktionen vonseiten des Regimes erfahren. Das Schlachtfeld verlagert sich dabei nach und nach von Offline- auf Online-Plattformen.

WAS NUN?

Es ist Tradition, nach den ersten 100 Amtstagen die Arbeit neuer Staatsoberhäupter zu analysieren. In Kasachstan wurde der Begriff «neuer Präsident» erstmals seit drei Jahrzehnten vom fernen Traum zur Realität. Obwohl es Proteste gab und in der Bevölkerung generelle Unzufriedenheit herrscht, ist Kassym-Schomart Tokajew zweiter Präsident des Landes geworden. Dennoch wird es zum echten Machtwechsel wohl erst nach Nasarbajews Tod kommen. Zurzeit trägt der erste Präsident Kasachstans keine Verantwortung mehr für die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, aber er genießt weiterhin eine große Machtfülle.

Das Wiederaufleben politischer Aktivitäten im Land, darunter etwa die wachsende Anzahl von Protestaktionen, wird manchmal mit dem Kampf zwischen den Mitgliedern der Nasarbajew-Familie und ihrem nächsten Umfeld in Verbindung gebracht sowie mit dem Einfluss äußerer Kräfte. Häufig wird in den Medien über den wahren Nachfolger Nasarbajews berichtet und Prognosen über weitere Entwicklungen aufgestellt. Aber die Situation ist äußerst fragil – jede Entscheidung kann innerhalb von kurzer Zeit revidiert werden.

Momentan reagiert Tokajews Präsidentschaftsadministration in populistischer Manier auf die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Ein Beispiel dafür ist die vor Kurzem getroffene Entscheidung, bestimmten Bevölkerungsgruppen ihre Kredit-schulden zu erlassen. Die gegen die Proteststimmung unter jungen Leuten eingesetzten Unterdrückungsmaßnahmen können als erfolgreich gelten. Die Jugendaktivist*innen sind in mehrere Bewegungen zersplittert, die ihre Aktionen in keiner Weise miteinander koordinieren. Die Frage nach der Institutionalisierung dieser Bewegungen wird auch gar nicht erst gestellt. Es bleiben noch einzelne Aktivist*innen, die ihre Arbeit bis heute fortsetzen, doch für das bestehende Regime stellen sie keine Bedrohung dar.

Die Proteste gegen 55 kasachisch-chinesische Projekte hätten weiter wachsen können, weil sinophobe Einstellungen in der kasachischen Bevölkerung recht tief verankert sind. Doch diese Proteste sind komplett abgeebbt. Meiner Einschätzung nach können nur tief greifende wirtschaftliche Erschütterungen oder unbedachte politische Entscheidungen zu einer neuen Welle massenhafter politischer Proteste führen. Die Politik der Eindämmung oppositioneller Bewegungen hat dazu geführt, dass es auf dem derart bereinigten

innenpolitischen Feld bis heute keine einheitliche Führungsfigur und kein Oppositionszentrum gibt.

Tokajew wird Nasarbajews Politik weiterführen und seine erklärte Bereitschaft zu politischen Reformen wird reine Rhetorik bleiben. So teilte Tokajew etwa in der alljährlichen Rede des Präsidenten an die Nation mit, dass friedliche Kundgebungen und Demonstrationen in Zukunft genehmigt werden, und das nicht nur am Stadtrand. Doch allein die Tatsache, dass in Kasachstan gesetzlich vorgeschrieben ist, dass man mindestens zehn Tage im Voraus um die Erlaubnis für die Durchführung von Kundgebungen bitten und nicht nur über die geplante Versammlung informieren muss, stellt eine Verletzung des Menschenrechts auf Versammlungsfreiheit dar.

Wenn im sozialpolitischen und wirtschaftlichen Bereich vorrangig die Belange derjenigen Gruppen adressiert werden, die besonders laut auf sich aufmerksam machen, so birgt dies die Gefahr, dass andere Bevölkerungsgruppen, die nicht über die Fähigkeit verfügen, sich so deutlich zu artikulieren, bei der Verteilung von Ressourcen weniger berücksichtigt werden. Aufgrund dieser populistischen Tendenz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind zahlreiche Sozialprogramme entstanden, die in Summe das Budget belasten. Im Zusammenhang mit der weiter bestehenden starken Abhängigkeit des Landesbudgets von den Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt könnte sich die Lage des Landes langfristig verschlechtern. Doch den Arbeitsergebnissen der letzten Jahre nach zu urteilen, scheint kaum jemand unter den Staatsbediensteten ein großes Interesse daran zu haben, langfristige Ziele zu erreichen. Wenn Tokajew in Wirklichkeit nur ein Übergangspräsident ist, wird er sich natürlich der Verantwortung für langfristig negative Entwicklungen nicht stellen müssen und wird im Gegenteil nur daran interessiert sein, die Bevölkerung vor dem bevorstehenden echten Übergang kurzfristig zu besänftigen. Doch aufgrund der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage steht Tokajew auch jetzt schon vor einem Dilemma, das ihn dazu zwingt, in Zukunft nach einem Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Akteuren zu suchen – zwischen Nasarbajew, der Bevölkerung, politischen Eliten, Finanz- und Wirtschaftsgruppen und äußeren Kräften.

Daniyar Kussainov ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Projektmanager im neuen Regionalbüro Zentralasien der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Almaty, Kasachstan.

1 Das Recht auf friedliche Versammlung hat in Kasachstan erlaubenden Charakter, sollte jedoch informierenden Charakter tragen. Entsprechend der kasachischen Gesetzgebung gibt es Listen von Orten, an denen die Versammlungen abgehalten werden dürfen. Diese Listen werden von den lokalen Exekutiven, den Akimaten, bestätigt, die auch darüber entscheiden, ob eine Versammlung erlaubt wird oder nicht. 2 Anm. d. Übers.: Ein Nachtzug des spanischen Herstellers Patentes Talgo. Die Vergewaltigung geschah im Herbst 2018; das Gerichtsurteil gegen die Angeklagten wurde 2019 verkündet.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 10/2019 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171
Redaktionsschluss: Oktober 2019
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation